

Erseheint
wöchentlich einmal
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gerber, Industriehalle
Klosterstr. 12
Holländungen
Franco gegen Franco
Gemeinnützige Preise
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Nr. 2.

Sonntag, 12. Oktober.

Abonnements
werden nur beim Verlag
des bekannten Kantons-
verwalters und post-
amtlich genehmigten
Vorstandsmitgliedern
des D. S. für die Schweiz (Wienplatz)
Nr. 2. — für Deutschland (Klosterstr.)
Nr. 12. — für Österreich (Klosterstr.)
Nr. 2. Nr. 12. als Abonnementspreise
für den Posttransport (Frankfurt) in
Zusatz.
Die Preisliste befindet
sich auf S. 2 des Heftes.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, so muss derselbe durch die Post befördert werden. Die Postverwaltung ist verpflichtet, denselben als „Presse“ zu befördern, und letztere dadurch zu befähigen, denselben in jedem Lande zu verkaufen. Die Postverwaltung ist verpflichtet, denselben als „Presse“ zu befördern, und letztere dadurch zu befähigen, denselben in jedem Lande zu verkaufen.

Was an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“

als möglich an den „Sozialdemokrat“, selbst dessen Verlag sei abzuschicken, sondern sich möglichst an irgend eine unabhängige Korrespondenzstelle zu wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt, und uns die betreffenden Artikel zu senden. Die Korrespondenzstelle muss die Namen der Korrespondenten angeben. Eine an uns gerichtete Korrespondenz muss nach dem Namen des Korrespondenten beschriftet sein. Die Korrespondenz muss nach dem Namen des Korrespondenten beschriftet sein.

und nicht minder Kraft fand diesen Fundamentalgedanken der Plan des Fürsten Bismarck gegenüber den internationalen Verkehr durch Schutzzölle zu hemmen, die angeblich oder vermeintlich der heimischen Industrie aufhelfen sollten, und ferner dem Verfall des nationalen Handwerks durch rückwärtige Schritte Experimente zu steuern.

An unsere Leser in Deutschland und Oesterreich.

Wie voranzusehen war, ist gegen den „Sozialdemokrat“ alsbald nach seinem Erscheinen in dem deutsch-österreichischen Polizeigebiet eine eifrige Verfolgung eingeleitet worden.

Während das Gros der sehr hohen Auflage der Probenummer ungefahret an seine Bestimmungsorte gelangt ist, wurde ein Theil derselben — wie bei der dormalen in beiden Reichen herrschenden Polizeiwilklur und Briefstiebererei nicht anders zu erwarten war — theils gleich auf der Post unterschlagen, theils nach der Ablieferung durch letztere von der Polizei weggenommen. Zudem wir unsern Lesern wiederholt die zur Sicherung unseres Verkehres dienende Anleitung am Kopf unseres Blattes ans Herz legen, machen wir zugleich denen, welche den „Sozialdemokrat“ unbehindert empfangen, zur Pflicht, ihn denen, welche etwa durch Unterschlagung und Wegnahme ihrer Exemplare nicht in deren Besitz kommen sollten mitzutheilen. Nur durch die Nachsicht, Opferwilligkeit und Mithilfe aller vermögen wir die ebenfalls mit vereinten Kräften und mit Hochdruck arbeitende Postzeit zu iberlisten und ihr zu widerstehen.

Dass der „Sozialdemokrat“ in Deutschland bereits verboten ist, melden wir hier nur einfach. Wir haben auf diese Ehre von Anfang an gerechnet. Eine weitere Bedeutung hat das Verbot für uns und unsere Leser nicht, es wäre denn die unfreiwillige Agitation, welche durch die Veroffentlichung desselben besonders da, wohin unsere Probenummern nicht gedrungen, für unser Parteiorgan gemacht worden ist.

und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig aufsteigt, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, dass wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Diskussion des dem Reichstage heute vorliegenden Ausnahmegesetzes theilzunehmen und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, in diesem Entschlusse nicht erschüttern lassen. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhaltung eines beispiellosen Anticommunismus auf die Volksfreiheit das Nutrigste beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Waagschale werfen.

Falle die Entscheidung aus, wie sie wolle — die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewusstsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleihet.

Berlin, 23. Mai 1878.
Auer. Bloch. Brode. Demmler. Frijsche. Hasenclever. Kapell. Liebknecht. Röst. Roteler. Rittinghausen.

Am 24. Mai wurde das „Hodelgesetz“ nach zügiger Debatte vom Reichstage mit iberwaltigender Majorität (261 gegen 57 Stimmen) abgelehnt.

Nach einer so entscheidenden Niederlage — der zweiten binnen kurzer Zeit — blieb dem Fürsten Bismarck keine andere Wahl als Abdankung oder Aufhängung.

Aber abdanken wollte und aufhängen konnte er nicht; die offentliche Meinung war gegen das Ausnahmegesetz, ebenso wie sie gegen die Steuerprojekte des Fürsten Bismarck war, denn er seine vorherige Niederlage im Reichstage verdammt hatte.

Da frochten einige Tage später, am 2. Juni, — wiederum unter den Linden — die Schreibschuffen des Dr. Nobiling.

Unter normalen Verhältnissen würde diese waghalsige That, zumal bei der Schnelligkeit, mit welcher sie auf den Streich Hodel-Lehmann folgte, schon eine bedeutende Aufrregung hervorgerufen, Beforgnisse erweckt, Leidenschaften aufgeregelt haben.

Durch die in offizielles, ja theilweise in offizielles Gewand sich hullende Lüge, dass der national-liberale Dr. Nobiling ein Sozialdemokrat sei, dass seine That der Auslassung einer sozialdemokratischen Verhumdung, und dass er Gesandnisse in diesem Sinne gemacht; durch die von christlichen Subjekten und gedankenlosen Nachbetern Tag für Tag in hunderten und in tausenden von Zeitungen kassportirten Verhumdungen, gegen die Sozialdemokratie; durch massenhafte Hausdurchsuchungen und Verhaftungen — wurde das ohnehin tiefbewegte Volksgemuth bis zur Anzuchtungsunfahigkeit aufgeregelt.

Und die liberale Presse, statt die ihren eigenen Parteien drohende Gefahr zu bemerken, und zu ruhiger, kühler Erwägung zu mahnen, hielt in toter Verblendung, und aus kindischem Ha gegen die Sozialdemokratie das Feuer noch schutren. Das Eisen war zur Waggenhitze erhitzt; es konnte nicht abgedreht werden.

Am 10. Juni löste Fürst Bismarck den Reichstag auf. Das hatte die Liberalen zur Verunsicherung bringen müssen.

Der Sozialdemokratie konnte die Ausführung nicht gelten. Seit dem Attentat Nobiling's hatte die national-liberale Partei in Bezug auf das Ausnahmegesetz eine vollkommene Frontveranderung erlitten. Sie war bereit, das Hodelgesetz zu bewilligen, und wenn es verlangt wurde, noch mehr. Und diese Bereitwilligkeit, die von allen Tachern heraus ausgespart wurde, war für Niemanden ein Geheimnis, am wenigsten für den Fürsten Bismarck. Die Ermöglichung eines die Sozialdemokratie zerschenden Ausnahmegesetzes konnte also nicht der Zweck der Ausführung sein.

Um den wahren Zweck zu erkennen, brauchte man bloss mit offenen Augen um sich zu blicken. Die Anzorderungen des Militarismus hatten sich — Dank der odlichen Konkurrenz mit Frankreich, Russland und Oesterreich — derart gesteigert, dass das Armeebudget, selbst wenn es nicht mehr ausreichte und dem Volk neue Opfer abgefordert werden müssten.

Nun hätte war der Liberalismus in seiner kindischen Angst vor der Sozialdemokratie gern in jede Vermehrung unseres Heeres gewilligt, wenn Fürst Bismarck nicht die dazu nötigen Mittel durch eine Zoll- und Wirtschaftspolitik hätte aufbringen wollen, die mit den wirtschaftlichen Anschauungen und Interessen eines grossen Theiles der Liberalen nicht im Einklang war. Das Reich seitensahnstheilem und das Tabakmonopol — die beiden Lieblingsplane des Fürsten Bismarck — standen im Widerspruch mit den liberalen und freihändlerischen Fundamentalgedanken der freien Konkurrenz, des laissez faire, laissez aller, der absoluten Ausschliesung des Staats von Industrie, Gewerbe und Handelsbetrieb, welcher nach dem liberalen Manchester-Credo das Monopol der Privatpekulation sein soll.

Und nicht minder Kraft fand diesen Fundamentalgedanken der Plan des Fürsten Bismarck gegenüber den internationalen Verkehr durch Schutzzölle zu hemmen, die angeblich oder vermeintlich der heimischen Industrie aufhelfen sollten, und ferner dem Verfall des nationalen Handwerks durch rückwärtige Schritte Experimente zu steuern.

Zum Behuf der Durchführung dieser sogenannten Wirtschafts- und Steuerreform musste der Liberalismus gebrochen und aus der Geleisung oder doch aus seiner dominirenden Stellung in der Gesetzgebung verdrängt werden.

Wer das erwägt, kann — auch wenn er das famose: „Sie sollen an die Wand gedrückt werden, dass sie amischen!“ verstanden haben sollte — keinen Moment daruber in Zweifel sein, dass die Ausführung sich nur zum Schein gegen die Sozialdemokratie, in Wirklichkeit aber gegen den Liberalismus richtete.

Es hiesse die Urtheilskraft der National-liberalen doch allzu niedrig anschlagen, wollten wir behaupten, sie hätten dies nicht begriffen. Allein in ihrer unglublichen Kurzsichtigkeit und Verblendung bildeten sie sich ein, die ihnen drohende Gefahr dadurch abzuwenden, dass sie sich mit verbopelter Wuth auf die ihnen verhasste Sozialdemokratie warfen und die reaktionäre Presse an gemeiner Denunciations- und Verhumdungsucht noch ibertrafen. Sie sahen nicht, oder wollten nicht sehen, dass in der Sozialdemokratie nur die konsequente und deshalb der Reaktion unbenachteiligte Vorkampferin der politischen Freiheit von der Reaktion angefeindet, und dass durch Achtung der Sozialdemokratie Breche in den Liberalismus geschaffen wurde. Die selbstmordische That fand den verdienten Lohn. Während die geachtete Sozialdemokratie, ohne auch nur ein Tüchlein ihrer Prinzipien zu verlangen, nichtlos vor den Richterstuhl des Volkstribunal und den unerhörten Anstrengungen der reaktionären Gegner zum Trost, als moralische Siegerin aus dem Wahlkampfe hervorging, wurde die national-liberale Partei moralisch vernichtet. Sie um Stück wartete, was ihr noch von Prinzipien geblieben war, der reaktionären Meise hin, um sich zu retten, und was sie erreichte, war: der Verlust zahlreicher Stimm, die Verpfeifung der Partei, der politische Bankrott.

Die Sozialdemokraten, die im aufgelösten Reichstage zum Abgeordneten gehört hatten, erschienen in den neuen Reichstag bloss neun — ein Nachzug, der Zahl nach — wenn, aber an die damaligen Verhältnisse in's Auge gefasst werden, ein ausserordentlich günstiges Resultat. Man bedenke: Die offentliche Verhumdung gegen uns auf's Furchtbarste verheht; jeder Sozialdemokrat in den Augen der gedankenlosen, fanatisirten Masse mit dem Rainscheitel des Meuchelmordes beehrt; die Partei vogelfrei erklärt; ein an die verderblichsten Zeiten des königlichen Königreichs erinnerndes Denunciationsheer Tag und Nacht an der Arbeit; die Epidemie der Majestatbeleidigungsprozesse, mit unerbort hohen Strafen meist für Neugierigen, die in gewöhnlichen gefunden Zeiten nicht geihan, oder wenigstens nicht beachtet worden wären; schamlose Aufreizungen zu Gewaltthatigkeiten gegen uns; die Sozialdemokraten aus der Arbeit geholt, zum Hunger um so möglich zum Hungertod verurtheilt; in den meisten Staaten Deutschlands keine sozialdemokratischen Wahlerversammlungen gehalten, oder durch Beeinflussung der Wähler indirekt verhindert; die sozialdemokratischen Führer, und Agitatoren zum Theil verhaftet oder jeden Moment mit Verhaftung bedroht — kurz eine vollkommene Schreckenszeit, die dieses Tagebuch nicht richterliches Urtheil (Prozess Bahr vor dem Hofgericht zu Darmstadt am 1. September d. J.) das Brandmal der Schande aufgedrückt worden ist, indem dieses Urtheil die in einem sozialdemokratischen Wahlflugblatt zur Charakterisierung jenes schmachvollen ihren Tacitus erwartenden Epoche uffert Verhumdung Deutschlands gebrauchten Ausdrücke als berechtigt anerkannte.

Und obgleich Alles gegen uns war, und wir allein händen mit unserm guten Recht, hatten wir iberall da, wo wir unsere Kräfte einsetzten, insbesondere in Sachsen, Preussen, Breslau, Hamburg, Leipzig, Burnberg, München und andern Grossstädten mehr Stimmen zu verzeichnen, als bei der vorhergehenden, unter normalen Bedingungen vollzogenen Wahl. Hätten wir unter solchen Umständen nur einen einzigen Kandidaten durchgebracht, so wäre es schon ein Erfolg gewesen, und wir würden einen Sitz haben. Die Gegner bezogen durch ihre falsche politische Verhaltlichkeit unwillkürlich die Bedeutung unseres Triumpfes auf sie hatten mit Bestimmtheit darauf gerechnet, dass kein sozialdemokratischer Abgeordneter die reaktionäre Hartnäckigkeit des neuen Reichstages führen würde.

Im Herbst wurde der Reichstag zu einer auserordentlichen Session berufen, in welcher die von der Reichsregierung zum Aufhangungszweck erklärte Schutzmassregel gegen die heimlich gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie erklärt, und für die weiteren Pläne des Fürsten Bismarck die Bahn frei gemacht werden sollte.

Ungeachtet der in Wahlerversammlungen seitens abgegebener Verhaltung national-liberaler Wahlfuhrer, dass sie um keinen Preis einem Ausnahmegesetz zustimmen würden, war es für jeden der

Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Reichstages.

Wähler! Parteigenossen!
Durch das Ausnahmegesetz, welches die deutsche Sozialdemokratie ausserhalb des gemeinen Rechts gestellt hat, ist es uns unmöglich gemacht worden, auch in offentlichen Versammlungen Bericht iber unsere Thätigkeit und Stellung im Reichstag zu erstatten; wie sehen uns daher genöthigt, unserer Pflicht hiermit durch diesen schriftlichen Rechenschaftsbericht zu genügen.

Wir müssen in unserem Bericht hinter die gegenwärtige Legislaturperiode zurückgreifen.

Als am 11. Mai vorigen Jahres der Halbidiot Hodel-Lehmann unter den Linden in Berlin die bekannten Revolvergeschosse abfeuerte, wurde es durch die Haltung gewisser Zeitungen und durch verschiedene hier nicht näher zu bezeichnende Vorkommnisse sofort klar, dass die Reichsregierung, — welche unmittelbar vorher mit ihren Steuerprojekten Seitens der liberalen Majorität im Reichstag eine schwere Niederlage erlitten hatte, — der reaktionären Tradition folgend, aus jener That den Ausgangspunkt einer Politik der Reaktion zu machen beabsichtigte.

Und richtig; wenige Tage nachher wurde dem Reichstag der unter dem Namen „Hodelgesetz“ historisch gewordenen Gesetzesentwurf vorgelegt, welcher die deutsche Sozialdemokratie als die fortgeschrittenste, folgsichtigste und zielbewussteste der Oppositionspartien, an Händen und Fuen geknebelt, der Polizei auf Gnade und Ungnade iberliefern sollte.

Die Urheber dieses Gesetzesmordes hatten sich nicht verrechnet. Trotz der Heberien eines gewissen Theiles der Presse blieb die offentliche Meinung dem geplanten Ausnahmengesetz abgeneigt, und die liberalen Parteien beschloen einmütig, dasselbe zurückzuweisen. Unter solchen Umständen strahlten es die sozialdemokratischen Abgeordneten für das Rathsamste im Interesse der Partei, sich von den Debatten iber den Gesetzesentwurf fernzuhalten, und nur eine kurze Erklärung abzugeben, die also lautete:

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags Abgeordneten.

Der Versuch, die That eines Wahnmuthigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reaktionsreiches zu benutzen und die moralische Urheberschaft des noch unermittelten Mordattentats auf den deutschen Kaiser seiner Partei aufzukumalen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirtschaftliche

diese Kautschukpolitik kennt, von vornherein keinen Augenblick zweifelhaft, daß sie ihrem Wort untreu werden und dem Fürsten Wisniak die Majorität verschaffen würden.

Die von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzesvorlage war ein Ausnahmegesetz in des Wortes schmalsten Sinne! Die Sozialdemokratie wurde einfach dem Guckfenster der Polizei überliefert.

Die veränderte Lage gebot uns eine veränderte Taktik. Gegenüber dem Nobilitierungsgesetz, dessen Annahme sicher war, konnten wir nicht schwelgen, wie gegenüber dem Hodelgesetz, dessen Verwerfung sicher gewesen.

Auf die Einzelheiten der über volle 6 Wochen — vom 12. September bis 19. Oktober — sich erstreckenden Debatten haben wir hier nicht des Näheren einzugehen. Der am 12. September veröffentlichte Bericht jener Verhandlungen befindet sich in den Händen unserer Genossen. Genug: Jeder von uns, der nicht durch Gefängnishaft an der Erfüllung seiner parlamentarischen Pflicht verhindert wurde, beteiligte sich, so weit es nur irgend möglich an den Debatten, wies die wider uns gerichteten Verleumdungen zurück und verfocht die Sache der staatsbürgerlichen Freiheit. Sogar Reinders, der schon mit dem Tode rang, folgte dem Rufe der Pflicht und erhob, fast sterbend, mit der letzten Kraft seiner kranken Lunge den Tod herausfordernd, von der Tribüne des Reichstages Protest gegen die Bergewältigung unserer Partei durch dieses gemeingefährliche Gesetz.

Der damals von den sozialdemokratischen Abgeordneten gehaltenen Reden hielt und mit denen der Redner aus den andern Parteien, verglichen, wohl angesehen werden müssen, daß auf sozialdemokratischer Seite die Situation richtig aufgefaßt, die Folgen der Annahme des Sozialistengesetzes richtig vorhergesehen, während die nationalliberale Partei sich den albernsten Illusionen hingab und blindlings in ihr Verderben rannte. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Regierung den Verweis der behaupteten Mithild der Sozialdemokratie an den Attentaten nicht zu bringen vermochte, obgleich Auge in Auge mit uns gefordert.

Was wir erwarteten, geschah! Die nationalliberale Partei stimmte geschlossen für das Sozialistengesetz, welches im Stok ins Herz des Liberalismus war, und am 19. Oktober 1878 wurden die in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse teilweise noch verhandelt und verabschiedet, von 221 gegen 149 Stimmen bewilligt, und die Vorlage zum Gesetz erhoben. Zwei Tage darauf, am 21. Oktober, wurde das Nobilitierungsgesetz vom Reichs- und Staatsrat verabschiedet und trat in Kraft.

Wie wir vorausgesehen und vorausgesagt hatten, kam das Gesetz in der nächstfolgenden Woche zur Ausführung. Nachdem schon am 23. Oktober mit einem Massenstreik und Massenunterdrückung sozialistischer Schriften und Versammlungen bedroht worden war, sagte in den folgenden Wochen ein Verbot das andere, eine Unterdrückung die andere, bis nichts mehr zu verbieten und zu unterdrücken war. Rückte an die sogenannte „Beschwerdekommission“ nichts, die die Regierung am 1. November 1878 durch ein Verbot der Unterdrückung in zu befehlen. Und waren die Mängel der Polizeibehörde etwas zu vollzogen, so ließ es zur Abwehrung jedoch ebenfalls herzutreten, auch wenn die angegebenen Gründe vielfach bestritten werden konnten, so ließen sich doch andere Gründe anführen, und ist schließlich das Verbot aufrecht zu erhalten. Dieses Verfahren der Beschwerdekommission ist um so bemerkenswerter, als über die Zusammenlegung derselben ein heftiger Kampf im Reichstag entbrannt war und der Liberalismus, welcher geglaubt hatte, welchen Sieg er erfochten, indem durchgesetzt wurde, daß von den fünf Mitgliedern der Kommission mindestens drei dem Reichstag angehören mußten.

Heute kann man mit Recht sagen, daß dieser Streit ein Streit um Reichers Wort war, denn wenn die Reichsregierung ausschließlich aus Parteimitgliedern zusammengesetzt wäre, hätten ihre Beschlüsse nicht anders ausfallen können. Man hat dem Gesetz eine Willkür gegeben, die selbst einen Reichsbesitz voll betriebligen würde.

Kein Wunder, daß in zahlreichen Fällen davon abgesehen wurde, von dem Reicht der Verfassung Gebrauch zu machen. In flagrantem Widerspruch der von nationalliberalen Rednern zur Wahrung des nationalliberalen Grundsatzes formulierten Interpretationen, im Widerspruch mit den von Regierungsräten und gegebenen Versicherungen, wird dem Sozialistengesetz faktisch eine rechtswidrige Kraft verliehen, die für die Diffamierung, Anstiftung und Untergrabung einfach ignoriert und jedes sozialdemokratische Blatt, jeder sozialdemokratische Verein verboten und unterdrückt, bloß weil es ein sozialdemokratisches Blatt, bloß weil er ein demokratischer Verein. Ja, es sind Blätter, von denen die Presse bloß verurteilt wird, daß sie mit der sozialdemokratischen Partei in irgend einer Verbindung stehen, wegen rein politischer Anstiftung unterdrückt worden, so daß sich als leitender Grundsat bei Handhabung des Sozialistengesetzes der Presse gegenüber ergibt: jedes politische Blatt, von dem man annimmt, daß es von Sozialisten geschrieben sei, wird unterdrückt.

Leider ist es uns nicht möglich gewesen, diese Verbote und Unterdrückungen im Reichstage zur Sprache zu bringen. Aus der Redenschafterberichter über den Berliner Belagerungszustand zur Debatte gestellt ward, wandten wir uns an das Präsidium mit dem Beslangen, die gesamte Wirksamkeit des Sozialistengesetzes in den Bereich der Diskussion zu ziehen, wurden aber nach einiger Bedenkzeit ablehnend beschieden. Wir werden indes Gelegenheit finden, das Verhalten der Behörden vor das Forum der öffentlichen Meinung zu bringen, um nach Gehör zu beleuchten und zu geistern.

Obgleich die sozialdemokratische Partei durch ihre mangelhafte Organisation es erreicht hatte, daß die Ausführung des Sozialistengesetzes nirgends auf ungeleglichen Widerstand stieß, obgleich nirgends auch nur die geringste Gewaltthatigkeit und Ungehorsamkeit vorkam, welche auf sozialdemokratische Bestrebungen hätte zurückgeführt werden können, so wurde dennoch, nachdem durch eine Reihe infamer Tendenzreden die öffentliche Meinung wieder aufgeschreckt worden war, die Rückkehr des Reichs nach Berlin dazu benützt, um am 20. November, in der Reichshauptstadt, welche dadurch vor aller Welt zu einer Mördergrube gestempelt ward, die schärfste Bestimmung des Sozialistengesetzes

in Anwendung zu bringen und den sogenannten „kleinen Belagerungszustand“ zu proklamieren.

Weder im Abgeordnetenhause noch später im Reichstage wurde der Minister des Innern, Graf Culenburg der Jüngere, die geringste Thatsache anzuführen, welche die ungesetzliche Maßregel zu rechtfertigen geeignet gewesen wäre. Die Absicht der Sozialdemokratie bewährte sich auch jetzt so gut, daß nicht einmal diese, durch ihre absolute Grundlosigkeit doppelt bedingte Maßregel Gewaltthatigkeiten hervorzurufen vermochte.

Unter den zahlreichen Opfern des „kleinen Belagerungszustandes“ befanden sich auch zwei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. Es tauchte insolge dessen die Frage auf, ob die Reichsregierung den einschlägigen Paragraphen des Sozialistengesetzes, welcher nicht bloß Sozialdemokraten, sondern jeden Staatsbürger ohne Unterschied der Partei unter das Damoklesschwert der Anweisung stellt, zu einem Angriff auf die heil der Volksherrschaft zu benutzen gedente oder nicht.

Auf Grund jenes Paragraphen kann jeder Abgeordnete zum preussischen Landtag sowohl wie zum deutschen Reichstage in Berlin ansgewiesen werden. Aber wird die Reichsregierung von diesem Rechte Gebrauch machen, so lange die Volksherrschaft jagt? Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Kaum war der Reichstag (am 12. Februar des Jahres) zu seiner eigentlichen Session zusammengetreten — die Herbstsession ist nur als eine Vorlesung zu betrachten —, so ging an den Reichstag das Gesetz, er solle seine Genehmigung zu demselben Verfolgung der Abgeordneten Frische und Hasseman ertheilen, die sich natürlich bei Beginn der Session, aber Einberufungsordre gemäß, in Berlin eingeschunden hatten, um ihre gesetzgebenden Pflichten zu erfüllen. Das Vergehen, welches ihnen zur Last gelegt wurde, war eben ihre Mitgliedschaft im Reichstag.

Das war denn doch selbst diesem, den Regierungsräten so entgegenkommenden Reichstage zu arg. Die veraltete Genehmigung wurde einstimmig verweigert, gleichwie die parlamentarische Entschlossenheit der Liberalen über ein Ansehen, das nur durch die logische Konsequenz des 1. Monats vorher von ihm verkörpert worden war, wenig Folgerichtigkeit des Deutschen einen eine starke Form von politischer Gewalt vertritt. Hingegen, wie hier bemerkt, daß die Reichsregierung sich diese Abweisung seitens des Reichstages nicht sehr zu Herzen genommen, und noch Schluß der Reichstagsession, das Ansehen gegen die Land und Hasseman wegen Verstoßes, nunmehr eingeleitet hat. Die von Herrn Hasseman so häufig betonte Unmöglichkeit, daß Madars Verbot mehr gelten konnte, als des Reichs Verbot, scheint in maßgebender Stelle durchaus nicht für eine klamäusliche zu gelten. Vorwiegend ist die nächste Session ein Radspiel oder den Schlußakt dieser interessanten Konfliktperiode bringen.

War in der That die Sache und Hasseman den liberalen Fraktionen des Reichstages die erste und liebste Konsequenz des Sozialistengesetzes sichtbar entgegengetreten, so war ihnen die zweite und dritte Konsequenz im Grunde des Herzes nicht weniger gefehert. (Mantel) oder Reichstagspräsident) an dem abstrusesten Gehirne mußte es erfinden, daß die sozialdemokratischen Redner bei Verabreichung des Sozialistengesetzes Recht gehabt hatten, als sie sagten: Dieses Ansehen sei ein Schlag gegen den Liberalismus ein Ansehen, daß die bürgerliche Presse, ein Keil, einstecken in den Parlamentarismus. Es ist notorisch und kann nicht dem mindesten Feindgruppel Verleumdung in der Hand nachgewiesen werden, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten auf der Tribüne den parlamentarischen Anstand wie die Redner keiner andern Partei, getadelt haben. Ein Blick auf die allerdings zahlreichen Erbschaften, welche sozialdemokratischen Rednern im deutschen Reichstage zu Theil geworden, zeigt, daß durchweg nur die Tendenz und der Inhalt, nicht die Form der geäußerten Ausdrücke dem Anstoß zum Unmut gegeben hat, während notorisch kein Schloß der sogenannten Ordnungsparteien, sowie namentlich auch von den Ministerkabinettsberatern und insbesondere auch dem Reichsminister Bismarck, Ausdrücke gefallen sind, die einer Ehrenbeleidigung gleichbedeutend hätten. Trotzdem wurden die Vertreter der Sozialdemokratie der parlamentarischen Angelegenheiten, die alle unzulässige Angelegenheiten zu steuern, der kleine Belagerungszustand auch im Reichstage proklamieren werden. Es galt das Sozialistengesetz zu ergreifen und die Sozialdemokratie, nachdem man sie draußen mundtot gemacht hatte, auch im Reichstage mundtot zu machen. Die Regierung hatte von hier ein Standpunkt aus vollkommen Recht, daß man der Sozialdemokratie die Tribüne des Reichstages, so wie der Reichsversammlung, von vornherein verweigern sollte. Die Regierung betonte dies nachdrücklich. Allein die Liberalen, denen vor den Konsequenzen ihres Wertes zu grauen begann, erklärten sich gegen das Angehörigkeit, welches — da der Pakt des Zentrums mit der Regierung damals noch nicht besiegelt war — mit großer Majorität verweigert wurde. In der Debatte konnte der Standpunkt der Sozialdemokratie durch einen von uns vertreten werden.

Am 17. März kam endlich der Reichstagsbericht der Reichsregierung betreffend den über Berlin und Umgegend verhängten „kleinen Belagerungszustand“ zur Verhandlung, nachdem vorher fünf Wochen hindurch die Diskussion von Sitzung zu Sitzung verschoben worden war. Der Reichstagsbericht brachte nichts als Behauptungen, welche sich zu widerlegen waren, und wurde selbst von uns sehr scharf in Organen der Fortschritt- und nationalliberalen Partei für durchaus verfehlt erklärt. Und jetzt kommt im Reichstage die Vertreter der Regierung nicht ausgenommen, hätte viele sprechen es unter sich offen aus, daß der Reichstagsbericht nur die Unfähigkeit der Regierung, den Belagerungszustand zu rechtfertigen, dokumentierte. Daß man den Gegenstand, welcher eigentlich in den ersten Tagen der Session hätte behandelt werden sollen, so lange hinausgezögert, beweist für sich allein schon im Voraus, in welcher Verlegenheit man sich in den Regierungsräten im Reichstagsbericht befand. Eine Unmöglichkeit, die diesen Namen verdiente, hätte der Regierung eine moralische Niederlage bereitet. Freilich doch eine moralische, denn der Reichstag hätte ja im Effect der gesetzgeberischen Ausnahmeherrschaft sich freiwillig des Reichs begeben, über den Reichstagsbericht Verzicht zu lassen. Wie dem nun sei — ein Taktisch mußte von jeder Preis vermieden werden, und vermittelte des famosen Reichstagsbericht der Schlichtung — das auch nach Bismarcks Ermahnung fortblüht — ließ es sich ja nicht vermeiden. Gleich der sozialdemokratischen Abgeordneten wurde gegen die schließliche Prozedur des Hauses, gleich zu Be-

ginn, als erstem Redner, das Wort ertheilt. Er vertheidigte den Reichstagsbericht Punkt für Punkt, wies die Hinfälligkeit der Motivierung nach und unterwarf das Verfahren der Regierung nach allen Seiten hin scharfer Kritik. Graf Culenburg, der die Regierung zu vertheidigen hatte, konnte die nichtvorhandenen Thatsachen und Rechtfertigungsgründe nicht aus dem Boden stampfen — er konnte nur wiederholen, was der Reichstagsbericht gesagt hatte, und nur noch etwas wiesamer, als es der Reichstagsbericht gethan, die Unmöglichkeit einer Rechtfertigung des „kleinen Belagerungszustandes“ zu unfreiwilligem Ausdruck zu bringen.

Noch ehe Graf Culenburg seine Ausführungen beendet, war ein Schlußantrag in den Händen des Präsidiums, der, sobald Graf Culenburg sich unter lautloser Stille des Hauses niedergelassen hatte, sofort zur Abstimmung kam und, mit Ausnahme weniger Mitglieder der Linken und des Zentrums, von sämtlichen Fraktionen des Reichstages angenommen wurde. So war eine Diskussion glücklich vermieden und den Machern des Sozialistengesetzes, insbesondere den Nationalliberalen, wurde die Verlegenheit erspart, sich darüber auszusprechen, ob die Art und Weise, wie das Sozialistengesetz zur Ausführung gelangt ist, mit ihnen, während der Debatte der vorjährigen Herbstsession gemachten Interpretationen, Versprechungen und Voraussetzungen im Einklange steht.

Wenige Tage nachher hatten wir bei Beratung des Post- und Telegraphengesetzes, an einer Verlesung des Generalpostmeisters, und in zahlreichen Beispielen von Verletzung des Briefgeheimnisses, den Reichstag zu besetzen, daß das gegen alle Partei erlassene Ausnahmengesetz mit Notwendigkeit in den untraglichen Umständen in die gesetzlich garantierten Rechte des Individuums, speziell zur Aufhebung der Brief- und Telegraphengeheimnisse führen müsse. Der Herr Generalpostmeister, dessen Standpunkt ihm vorgehaltenen Thatsachen zu widerlegen, ließ sich zu unparlamentarischen Ausdrücken hinreißen, welche ihm einen Verweis seitens des Präsidiums zuzogen.

Nationalliberale sowohl als ultraliberale Abgeordnete haben sich damals geäußert, die würdige Beweiskraft der von uns vorgebrachten Thatsachen zu verkennen, was freilich die Regierung nicht hinderte, kurz darauf für den Post- und Telegraphengesetz eine ähnliche Verordnung zu erlassen, wie die damals allgemein verurtheilte Verordnung des Generalpostmeisters.

Sozialpolitische Rundschau.

Die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause sind nun so abgeschlossen, wie es vorauszu sehen war. Die nationalliberale Partei, welche einst die absolute Majorität in der Reichshauptstadt wie im Reichstage hatte, ist so gut wie vernichtet, sie hat mit dem Fortschritt zusammen die Hälfte verloren, und die verlegten Konservativen und Ultraliberalen, vertragen nun über die Mehrheit. Es ist das auch den Verhältnissen vollkommen entsprechend und für die gründliche Verinnerlichung der alten Parteienbildung und die Freimachung der Bahn für bessere Mittel der Fortschritt, die übrigen betheiligte. Das Volk der Reichshauptstadt, welches einst die absolute Majorität in der Reichshauptstadt wie im Reichstage hatte, ist so gut wie vernichtet, sie hat mit dem Fortschritt zusammen die Hälfte verloren, und die verlegten Konservativen und Ultraliberalen, vertragen nun über die Mehrheit. Es ist das auch den Verhältnissen vollkommen entsprechend und für die gründliche Verinnerlichung der alten Parteienbildung und die Freimachung der Bahn für bessere Mittel der Fortschritt, die übrigen betheiligte.

Die Abgeordneten der Fortschrittspartei, welche einst die absolute Majorität in der Reichshauptstadt wie im Reichstage hatte, ist so gut wie vernichtet, sie hat mit dem Fortschritt zusammen die Hälfte verloren, und die verlegten Konservativen und Ultraliberalen, vertragen nun über die Mehrheit. Es ist das auch den Verhältnissen vollkommen entsprechend und für die gründliche Verinnerlichung der alten Parteienbildung und die Freimachung der Bahn für bessere Mittel der Fortschritt, die übrigen betheiligte.

Über den Bescheid für die Pöge ist auch, daß den einst verheißenen Laster, der bekanntlich in seinen kühnsten Kreisen durchgelassen, nicht ein Kreis mehr aufstehen soll. Weder Magdeburg noch Breslau erbat sich seiner, und in Berlin und Siedlich erhielt er, vorgeschlagen, nicht einmal die Hälfte, beziehungsweise fünfzig zur ausreichenden Unterstützung stifteten Stimmen. Man konnte nur dem armen Schächer fast Mitleid empfinden.

Interessant ist auch die Meldung, daß in einem entfernten Winkel des Landes ganz unermittellich sich soziale Tendenzen geltend machen. In der polnischen Gemeinde Kretowo nämlich wollten die Dienstleute des Temnikows nur lokale Wahlmänner wählen, welche für die Wahl von Abgeordneten stimmen würden, die eine Verbesserung des Wohlstandes der Bevölkerung zu bezwecken. Die Pöge waren, als sie Kunde der beschriebenen Widerstand erfuhr, sehr ängstlich und gelang es nur den Vermittlungen des greisen Pfarrers Probst, den Stand zu vermeiden. Die Leute haben eben offenbar wenig Verständnis für die politischen Programmen der verschiedenen Parteien, und wollten lieber

*) „Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage.“ Hamburg 1878. Druck und Verlag der Genossenschafts-Verlagsanstalt (C.) Preis 2 Mark.

etwas Praktisches, ihrem unmittelbaren Interesse dienendes haben. Natürlich stimmt ihr natürliches Verlangen mit unsern Ansichten durchaus nicht überein, ist vielmehr dieser diametral entgegengesetzt; allein wenn sich die Leute auch bezüglich des einschlägigen Weges noch irren, haben sie doch wenigstens ein flinkes Gefühl, daß eine wirkliche Verbesserung unserer gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse gar nicht anders als in dem unfruchtbarsten Kammergeschwätz der herrschenden Parteien zu suchen ist. Verbreitet sich nur erst diese Meinung immer weiter und besonders auch in den reinen Arbeiterkreisen, dann ist schon viel gewonnen.

Schlüsselt man noch einer Thatsache erwähnt werden, welche zeigt, wie sehr die Wahlen durch das preussische Dreiklassenwahlrecht zu einer abnormen Kommode herabgewürdigt werden. In vielen Urwahlbezirken war die erste höchstbesessene Abtheilung nur durch einen einzigen Urwähler vertreten, welcher einen, resp. zwei Wahlmänner zu wählen hatte. Diesmal ist es nun vor gekommen, daß diese glücklichen Situirten gar nicht zur Wahl erschienen, so daß die erste Abtheilung unvertreten blieb. In anderen Bezirken dagegen traten der eine Urwähler oder die Wahlmänner sich selbst. Noch komischer gestaltete sich die Sache in einem Urwahlbezirk Berlins, in welchem zwei Urwähler einen Wahlmann zu wählen hatten. Sowohl beim ersten Wahlgang als in der Stichwahl wählte jeder der beiden sich selbst, so daß schließlich das Loos zwischen den beiden Ehrenmännern entscheiden mußte.

Und solche Affenposen mag man dann Volksvertreter, Wahlen zu nennen und gibt es Leute, welche da glauben, daß von ihnen Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt und durch sie die herrschgewaltige Reaktion aus dem Feld geschlagen werden könne!

In Deutschland wird gegenwärtig wieder in verächtlicher Weise in „Arbeiterfreundlichkeit“ gemacht. So läßt die Regierung offiziös verhandeln, daß seitens des Landwirtschaftsministers Dr. Luchow eine Erhebung über die Frage der Ausschüttung des Nationalobligationsgeldes auf die landwirtschaftlichen Gewerbe in Aussicht genommen sei. Vorbereitet sei die Enquete schon von dem früheren Landwirtschaftsminister Dr. Friedenthal, welcher sich im „Prinzip“ für die vollständige Ausschüttung der Nationalobligationsgelder ausgesprochen habe. In seiner Zeit hätten sie nun wieder eine große Anzahl von Unfällen durch landwirtschaftliche Maschinen, welche durch Schutzvorrichtungen nicht verhütet werden könnten, verursacht, so daß man der Frage der Ausschüttung der Nationalobligationsgelder ernstlich näher zu treten gedankt. Wir glauben, daß wir für wenig Hoffnung in diese Nachricht setzen, denn von der deutschen Regierung ist bis jetzt in dieser Beziehung ebenso wenig wie in irgend einer anderen viel Gutes für die Arbeiter gekommen. Und selbst das Wenige, was für sie geschehen ist, haben die Arbeiter nicht dem Gerechtigkeitsgefühl der Regierung und Bourgeoisie, sondern den augenblicklichen politischen Verhältnissen, besonders aber der von den verschiedenen Parteien empfangenen Nothwehr, welche durch öffentliche Arbeiterfreundlichkeit sich selbst zu nützen und dem Gegner zu schaden zu verstanden. Man muß daher wohl oder übel auch gelegentlich der obigen Nachricht wieder an Nichts denken. Auf alle Fälle ist schon allein nach den Veröffentlichungen des preussischen statistischen Bureau über die Durchführung der Bestimmungen in verschiedenen Gewerbebetrieben, auch in der Landwirtschaft, schwer zu begreifen, warum es erst noch einer Enquete bedürftig ist.

So äußerst bedauerlich man aber auch die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung auftritt, so genügt das doch schon, die ebenwähnten das Wohl der Arbeiter erschütternde Bourgeoisie ernstlich in Anspruch zu machen und sie zu einer Aberrumpfung der Regierung anzuhalten. Diese Forderungen sind wohl ein Artikel seine Entscheidung, der sich dieser Tage in mehreren größeren liberalen Zeitungen, u. a. in der „Magdeburger Zeitung“, hermannsch. Derzeit nimmt sich die „Allgemeine“ im Schweizerischen Handelsdepartement ausgearbeitete Versicherungsvorschrift zum Schweizerischen Fabrikgesetz (deren wichtigste Bestimmungen wir jüngst mittheilten) zum Vorwurf. Statt aber wie wohl jeder unleserliche Leser vermuthen wird, gegen die, im großen Ganzen ihres erschütterlich redlichen Strebens zur Beseitigung der schrecklichsten Uebelstände des Fabrikwesens wegen lobenswerthen Vorschläge anzufahren, sind dieselben dem Soldatensoldaten der Magd. Zig. und ähnlicher Organe plöblich noch lange nicht möglich genug! Man höre nur, wie sich der Artikel über die Fremdarbeit ausläßt:

Die übermäßige und frühzeitige Anstrengung der Arbeiter hat dort (in der Schweiz) meistens nachgelassen, auf das werthvolle Geschlecht wird jedoch noch immer selten die gebührende Rücksicht genommen. Meist mißbrachten die Frauen, selbst wenn sie in der Zeit ihrer Schwangerschaft den Arbeitsdienst nicht entbehren können. Und wahrlich, wir haben kein Recht, ihnen daraus ein Vorwurf zu machen. So lange nicht der Staat etwa 3-4 Wochen vor und 2-3 Wochen nach der Niederkunft der volle Lohn auch ohne Arbeit gewährt ist, entweder von den Fabrikbesitzern freiwillig, wie z. B. bei der „L. u. M. u. H. u. H.“ oder durch gesetzliche Bestimmungen, ist diese Stelle als die schwächste unserer Gewerbelegislation und Fabrikgesetz anzusehen. Hoffen wir, daß schon die nächsten Jahre kräftig an der Tilgung dieser alten Schuld arbeiten werden.

Man greift sich unwillkürlich an den Kopf, ob man nicht träume und diese (zu uns ganz richtigen) Vellen in der That nicht in einem sozialistischen, ja, sondern in einem liberalen Diktatororgan stehen. Wenn diese Herren in Wahrheit ein so brennendes Bedürfnis nach Verbesserung des Arbeiterloos haben und der Gesetzgebung zu diesem Zweck die ausgedehnteste Befugnisse zugestehen, warum haben sie denn dann bei ihrer Macht ihre Forderungen nicht längst in Thatsachen umgesetzt? Warum haben sie nicht insbesondere, als die sozialistischen Reichthümer abgeordnet, daß bestimmte Arbeiterkategorien privilegiert, dasselbe nicht unterstellt, statt es aufs erbitterteste anzugreifen und als dem Unkraut aller staatlichen und gesellschaftlichen Uebel und unheimlich noch stärker zu bekämpfen? Warum werden sie denn dann noch jetzt jede Bestrebung der Arbeiter zur Verbesserung ihres Looses so grimmig an und wissen die Fortkämpfer der Arbeiterklasse nicht rücksichtslos genug zu verfolgen? Die Antwort ist einfach: weil die Herren kluge Denker und gewissenhafte Schwindler sind, denen es mit ihrem Humanität und Rechtsphrasen keinen Augenblick ernst ist, sondern welche die Arbeiter nur zur Verherrlichung von „Sonderwegen“ dienen wollen. Glücklicherweise aber

sind die Arbeiter Deutschlands im Allgemeinen aufgeklärt genug, um sich weiter von den schönen Besprechungen der Regierung, noch von den süßen Worten der Bourgeoisie überdauern zu lassen, und um zu wissen, daß sie alle ihre Hoffnungen nur auf sich selbst und ihre eigene Kraft zu setzen haben!

Ein prächtiges Gegenstück zu der neulich von uns erzählten Mondberggeschichte bildet eine solche, welche dieser Tage vor einem deutschen Kriegsgerichte ihren vorläufigen Abschluß erhalten hat. Ein Husar hatte im letzten Manöver einen Kameraden, der wegen eines Dienstvergehens an einen Baum stramm gebunden worden war (1), aus Mitleid die Fesseln etwas gelockert. Der Wachtmeister der Eskadron, der dies beobachtet hatte, eilte herbei und gab dem Husaren in Ueberschreitung und Mißbrauch seiner Dienstgewalt ein paar Droschen. Der in seiner Ehre gekränkte Husar aber vergalt im Fortn Gleiches mit Gleichem, wurde festgenommen und schließlich zu fünf Jahren Festung verurtheilt! Ein Kommentar zu diesem Schandurtheil ist natürlich vollkommen überflüssig.

Zu diesem Fall paßt übrigens ein anderer, über den ein händliches Blatt berichtet. Im Jahre 1870 wurde im deutsch-französischen Kriege ein bayerischer Reiter, Namens M. Schlosser, Sohn verdingender Eltern aus Augsburg, kriegsgerichtlich zum Tode verurtheilt, weil er im Kampf einen ebenfalls betrunkenen Unteroffizier geohrfeigt hatte. Diese Strafe wurde auf dem „Gnadensweg“ in eine dreijährige Gefängnisstrafe umgewandelt, so daß Schlosser nun bereits über 10 Jahre wegen dieses im bürgerlichen Leben wenig beachteten Vergehens verbannt. Die dazugehörigen Droschenausbeute und Soldatenscheiter dagegen gehen meist straffrei aus und kommen im schlimmsten Fall mit kurzen, meist noch durch „Gnade“ nachgelassenen Arreststrafen weg. Ist da nicht eine Lust, Soldat zu sein?

Eine für Frankreich überaus beschämende Entschädigung durchläuft gegenwärtig die französische Presse und ruft die lebhafteste Anklage der Opposition hervor. Während nämlich das öffentliche Frankreich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von Humanitätsproben förmlich überfließt, soll in einem Theile des Landes hässlich in der Senegal-Kolonie noch die Sklaverei, wenn auch nicht offiziell, so doch ganz öffentlich fortbestehen. Zwar gestatte man in den Hauptorten Saint Louis, Gorée, Dakar nicht mehr die Sklavemärkte, aber in allen anderen Distrikten würden die aus dem Innern herbeigeführten Gefangenen verkauft, um dann zu den Kommandos der Sahara, von Marokko, von Algier (1) und selbst bis nach Ggypten verbracht zu werden. Die Behörden ergriffen die Partei der Sklavenshändler gegen die menschliche Waare und als im Jahre 1877 ein edelherziger Offizier, der Vorkämpfer der Stadt und des Kantons Tagara, aus eigener Machtvollkommenheit einen Sklaventransport abhing, sei ihm von oben herab befohlen worden, die Sklaven ihren Eigenthümern wieder auszulassen. Wenn unschuldige Sklaven der Nachbarländer sich nach der Senegal-Kolonie flüchten, in der Hoffnung, auf französische Boden Schutz und Freiheit zu finden, so erleiden es die Behörden in jeder Weise der Verhinderung, ihr Recht habhaft zu werden. — Tak an dieser Enthüllung etwas Lautes ist, beweist schon die Vergewaltigung der Regierungspresse, welche sonst nur entsetzten Demontis schnell bei der Hand ist, diesmal aber nur zu sagen weiß, daß die „unläufigen Gerüchte“ übertrieben seien. Öffentlich bringt sie für die ersten Tage der wiederzusammensitzenden Kammer projektirte Interpellation an den Marineminister Klarheit und auch Abhilfe.

So standhaft beharrt diese Geschichte und so sehr es Pflicht aller Rechtschaffenden ist, diesem Miß der Negersklaverei ein schmerzliches Ende zu machen, so ist doch die Warnung am Platz, daß man, aber der Sklaverei der Senegalnegers nicht die der weißen Arbeiter gänzlich vergesse. Diese aber sind in gewisser Hinsicht nicht viel freier als jene.

Es ist das republikanische Frankreich fast das einzige Land, in welchem die Verweigerung der vollen Unterwerfung der Arbeiter unter den Willen der Arbeitgeber und insbesondere Arbeitsbedingungen an sich schon als ein gemeines Vergehen betrachtet und empfindlich bestraft werden. Man erinnert sich wohl noch der zahlreichen militärischen und gerichtlichen Interventionen, welche im Laufe der letzten 5 Jahre in Gunsten der Kapitalisten und zur Unterwerfung der „freien“ Arbeiter in Frankreich unter genommen wurden. Mit militärischen Exzessen ist nun die jetzige Regierung zwar nicht ganz so freigebig, als die Magd. Wochenschrift; aber doch einer Aufgabe des Schlichterprinzips, daß die Arbeiter ihrem Vorkühnen „gehörig“ Gehorsam zu leisten haben und für jeden, wenn auch passiven Widerstand geschädigt werden müssen, ist deshalb doch keine Rede. Gegenwärtig strafen die Pariser Zimmerleute und Ofensetzer. Mehrere der Strikenden nun, in welchen die Behörden „Wahrscheinlich“ ablichtet, sind dieser Tage verhaftet und dem Richter vorgeführt worden. Unter diesen Verhafteten befinden sich Ausländer, die über die Grenze gebracht werden sollen. Wenn der Arbeiter nicht einmal die Arbeit einstellen darf, sobald er dadurch sein Interesse zu fördern glaubt und wann sich nicht einmal mehrere Arbeiter zur Erzielung besserer Lebensbedingungen in friedlicher, übrigens vollkommen gesetzmäßiger Weise verbinden dürfen: was ist das für eine „Freiheit“?

Konstantin, Kambodja die unverkennbar sozialistische Arbeiterpartei hat Nationalkongresse abhalten und wird dieselbe wahrscheinlich in Orbeang (Chio) tagen. Auf derselben soll u. A. Leprieux Lothlich gelobt werden über die Nominierung eines sozialistischen Präsidentschaftskandidaten. In Ansehung hier ist genommen John Swinton, welcher in B. so herbei die Kommission vor den New Yorker Volksthermungen vertheidigt hat.

— Aus Columbia, einer der kleinen amerikanischen Republiken, in Union Revolutionen, oder — um diesen Namen nicht zu verächtlichen — besser „Aufstände“ und „Ereignisse“, von Ohrgewaltigen, Habgierigen und Gewaltthätigen veranlaßt, etwas Abwärtiges sind, bringt der Telegraph die überraschende Nachricht von einem „kommunistischen“ Aufstand. Eine erst kürzlich in New York eingetroffene Zeitung aus Panama meldet nämlich: „In Curacao (Columbia) errigten die Kommunisten am 9. September einen Aufstand; sie besetzten die Stadt durch vier Tage, plünderten die Kaufhäuser und raubten drei Kanonen, darunter zwei Deutsche. Auch der deutsche Konsul wurde verwundet. Schließlich

wurden die Aufständischen mit Verlust mehrerer Toden geschlagen und gefangen.“

Selbstverständlich wird diese Nachricht dem Publikum und namentlich dem leichtgläubigsten von allen, dem Deutschen auf's neue einen panischen Schrecken vor den schrecklichen Alerweltsverwüsterern von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten einjagen. Uns aber läßt sie sehr kalt. Denn wir wissen, daß die Plünderer von Curacamanga einfach schon deshalb keine Kommunisten gewesen sein können, weil es in dem politisch und sozialistisch unentwickelten Columbia gar keine solche gibt, ja man dort überhaupt kaum wissen dürfte, was das für schreckliche Thiere sind. Die so benannten Leute sind entweder Parteidanger oder — die Wahrheit der Nachricht vorausgesetzt — ganz gewöhnliche Räuber gewesen. Aber das klingt dem sensationbedürftigen Kopf nicht romantisch und gruselig genug und so gibt man dem Stoff stets mit Vorliebe auf dem Weg des „Rückgangs“, ja des Aussterbens betroffenen Kommunismus und Sozialismus plötzlich eine niegeahnte räumliche Ausdehnung bis nach Columbia. Es wundert uns nur, daß man nicht auch die gegenwärtig auf dem Kriegspfad befindlichen, mordenden und brennenden Utah-Indianer zu Kommunisten gemacht hat; roth genug wären sie ja dazu.

Berichte.

* Zürich, 10. Oktober. Es war vorauszu sehen, daß das Colloquium der „Sozialdemokrat“ in den weitesten Kreisen, namentlich in Deutschland, Aufsehen erregen würde und ist dies auch im vollen Maße geschehen.

Was die Auslassungen der Presse betrifft, so wollen wir unsere Leser mit deren Reproduktion oder auch nur Aufzählung und Charakterisierung versehen, obwohl sich interessante Betrachtungen über Charakter und Verhältniß der deutschen Presse und des deutschen Parteilebens hieran anknüpfen ließen. Zur Tagesordnung wollen wir die schon im ersten Heftentheil der 1. Kammer-berichterstattung ungläubige Ignoranz der Presse in Bezug auf den Sozialismus anführen. In zahlreichen Zeitungen der Schweiz, Deutschlands und auch Oesterreichs findet sich nämlich die geistreiche Behauptung, daß der „Sozialdemokrat“ ein „grobes Stroh“ sei, worin werden sollte, zu dem Ende vielfache Beziehungen mit den Korrupten des — „Katholischen Sozialismus“ angeknüpft habe. Sozialdemokratie und Katholizismus sind demnach für diesen Heft demselben Ignoranz oder doch mindestens emanden eng verwandt und kumpulöse Begriffe! Und von solcher Ignoranz wird „öffentliche Meinung“ gemacht! Und das „gebildete“ Bürgertum sucht gläubig ihren Worten und sieht geringfügig auf die „Leben“ der Arbeiter, welche in der That zehnmal mehr politische Bildung und Einsicht als jene haben!

In welcher Weise die deutsche Regierung Stellung zu uns genommen hat, haben wir schon Einiges dieses Blattes erzählt und bleibt uns nun noch hinzuzufügen, daß dem „Sozialdemokrat“ erlassen der Berliner Polizeipräsident in der Höhe des Offens der Schürer passierte nicht nur unsere Probenummer, sondern auch gleich das weitere Erscheinen derselben zu verbieten. Daß das weitere Erscheinen einer Probenummer an sich schon ein gefährlicher Vorwand ist, wollen wir nur im Vorbeigehen bemerken; das Interessante an dem Erlass des Berliner Polizeipräsidenten ist aber die Gegenüberstellung, mit welcher er eine in Ausland erscheinende Zeitung wie eine deutsche behandelt und ihr, wie es gegenüber einer solchen das Recht und die Macht hat, das Fortschreiten verbietet. Das französische Verbot mußte denn auch auf andere Weise als auf uns ein (so) gleich sonderbar Eindruck machen; denn selbstverständlich sind wir so frei, uns auf dem freien Boden der Schweiz um die Waare der Berliner Macht zu kümmern — mögen sie nun Macht, Bismarck oder sonstwie heißen — und damit wenig zu kümmern. — Außerdem hat der amtierende Berliner Polizeipräsident offenbar vom Ministerium eine kleine Anweisung erhalten, denn es hat sich bereits, einige Tage nachher das Verbot des weiteren Erscheinens wieder aufgehoben, was aber lediglich eine Formfrage ist.

Denn unter den demaligen Verhältnissen in Deutschland hat unsere Stellung zur deutschen Regierung selbstverständlich mit dem „Recht“ sehr wenig zu thun, sondern ist eine reine Machtfrage. Die deutsche Regierung betrachtet den „Sozialdemokrat“ als einen gefährlichen Feind und will ihn durch alle zulässigen und unzulässigen Mittel dem deutschen Reich möglichst fern zu halten. Wir unterwerfen uns dem Verbot der Anstalt, daß der „Sozialdemokrat“ den Deutschen sehr wichtig und ersprießlich ist, und werden deshalb alles anwenden, um in die weitesten Kreise des deutschen Volkes zu verbreiten. Undem wir das thun, sehen wir auf vollkommenen gesetzlichen Boden, denn die Verträge der Schweiz verbieten keinem ihrer Bürger in der Schweiz nicht verbotene Druckschriften nach dem Ausland zu senden. Wir dem Recht wird uns also die deutsche Regierung (wenigstens) beizukommen lassen. Es bleibt ihr denn auch nur die Macht, das heimliche Recht des Starren, der in unseren ungleichen Kampfe überlegen ist. Ob sie es — sowohl nach dem von ihr gebotenen und jedenfalls ernstlich bekämpften Eindringen des „Sozialdemokrat“, als was die Verbreitung und Fruchtbarmachung der von ihm verbreiteten Idee betrifft — wirklich ist, muß sich erst noch zeigen. Wir wollen es getrost darauf ankommen lassen!

* Zürich, 7. Oktober. Der „Sozialdemokrat“, eine sozialistische liberale Zeitung, brachte kürzlich Nummer vom 28. August einen „Der Sozialismus in Deutschland“ enthaltend, angeblich von einem „gelegentlichen Korrespondenten“ verfaßten Artikel, in welchem sich u. A. folgende Stellen finden: „Wenigstens in den Tagen, in denen wir leben, ist die Hauptaufgabe des Sozialismus, und seine Befreiungen mit den Kräften der Partei in Deutschland, überzeugen sich, daß sie mit meinen Anschauungen über die politischen Verhältnisse der Sozialisten (welche ich vor einigen Monaten in Ihrem Blatte zum Ausdruck brachte) vollkommen Recht hatte. Zwei Umstände haben hierzu hauptsächlich beigetragen. Einmal hat das „Katholische“ wie es genannt wird, dem Sozialismus, anstatt ihn auszuwählen, unterwerflichen Nutzen gebracht. Die Verfügungen dieses Gesetzes haben an sich schon genug, sind mit einer Schärfe durchgeführt worden, die ein reinigendes Feuer wirken würde. Die schwächeren Elemente der Partei, der Boden, zu welchem die extremen, heftigsten Mitglieder gezogen werden müssen, sind ausgegliedert worden durch Einleitung, Ausweisung und freiwillige Aufgabe ihrer Funktionen. Dergleichen, welche unzulässig sind die letzten Korruptionen, welche, obwohl ihrem Charakter, praktisch genug sind, die Mittel ihrem Zweck anzupassen, und deren Ziele fast genug ist, den Gesellschaften und unfruchtbarsten Geist, einigere ihren Anhänger auf Raum zu halten. Wie ich bei mir vertheilt, liegen die Hoffnungen seiner Partei in der endlichen Vereinigung mit der Bourgeoisie der Mittelklasse und gerade in dieser Richtung ist es im Grunde wohl zu finden mit dem Fortschritt der letzten 20 Jahre.“ — „Es ist, was haben denn die Bourgeoisie“ gereizt, das wir verabsäumen, das wir im Grunde sind, und die Ueberzeugung beginnt in seinem Geiste durchzuwirken, daß er eine vollständige Verbesserung seiner Verhältnisse mit nur unserer Partei allein erlangen darf. Andererseits beginnt unsere Forderung die Furcht der dem großen Geistes, welche die Regierungspartei so einfließen zu verbreiten, frucht zu sein.“ — In der That ist, was die Vertheilung des Reichthums und Ärmere vor sich haben, allerdings eine Revolution — der Klasse scheint zu denken, es können die Dinge kaum noch 10 Jahre so fort gehen — allein eine Revolution, deren Mittel und Wege wir haben, wenn wir dem qualifizierten Mann Reform zu befehlen.

Ogleich nun die ganze Vergangenheit und die Zukunft der Sozialistischen Bewegung ganz und gar nicht für ihre Bekämpfung tauglich sind, und dieselbe über jedes Reportagegeschwätz hinaus, erkennen zu lassen, hat der Bericht des „Sozialdemokrat“ doch einiges Aufsehen erregt, namentlich in England selbst. Auf indirekte und direkte Bekämpfungsmittel, namentlich zur Unterdrückung der Union in den Vereinigten Staaten, konnten sich die genannten in England an die angesehene Person, sowohl als den mit neuen Zwecken versehenen von Uebeln, den Sozialdemokraten, „Aufsichtungen“ nicht in einer Antwort heraus lassen. Als indessen durch eine angemessene Forderung an Recht und Rechtshilfe, haben wir diesen wie billig, nicht als „eine gewisse Antwort“ zu geben. Wir haben es für ersprießlich, aus dem diesbezüglichen u. A. zur Verfügung gestellten Briefwechsel die prägnantesten Stellen nachfolgend mitzutheilen.

Die II. Sektion des kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins in London wählte sich durch ihren Sekretär Dr. Schwarzberg unterm 29. September an Bebel und Liebknecht, sandte ihnen den besprochenen Artikel des „Scottsman“ und bittet um den auf denselben aufmerksam zu machen. Eingang folgende Worte hinzu:

Die II. Sektion des kommunistischen Arbeitervereins in London geht von der Ansicht aus, daß der „Scottsman“ eher gekommen sei, durch diesen Artikel die Masse für die bevorstehenden englischen Wahlen zu machen, als daß sie den Glauben hegte, daß die Herren Liebknecht und Bebel oder andere hervorragende Parteigenossen je eine solche Ansicht hegen oder gar den deutschen Arbeitern ein ähnliches Vorgehen anrathen würden. Sie erlaubt sich deshalb, Ihnen den betreffenden Artikel zu übersenden mit der Bitte: ob Sie geneigt wären, der II. Sektion eine Erklärung zukommen zu lassen, resp. sie in den Stand zu setzen, unbegründete Ansichten gegen hervorragende Parteigenossen besser widerlegen zu können.

Die Antwort Liebknecht's hierauf erfolgte am 3. dies und enthielt wie derselben folgende, die Sachlage vollkommen aufklärende Stelle:

Der „Scottsman“-Korrespondent hat sich sehr unbillig wie jeder Unterwähler, Wählerin, gelassen. Ich selbst, als verurtheilt, fertige ihn sehr kurz ab. Bebel bringt sich in Gespräch auf die Ausrückung eines bestimmten Parteigenossen. Das Bürgerthum (nicht „Bourgeoisie“) wird durch „Bebel“ belächelt gemacht werden, damit nicht unser „Bebel“ durch sein Wort nicht andern, ist in den bekannten Kontext verpackt worden, durch den verschiedene Parteigenossen, sonst gemacht worden sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist, was sie war. Sie hat kein Attribut ihres Programms aufgegeben und wird es nicht thun.

Wir hoffen damit die Sache für erledigt.

Dresden, 6. Oktober. Da rede uns noch ferner über von Arbeitlosigkeit und Geschäftsdarüberlegen. Arbeit in Hülle und Fülle gibt's in manchen Branchen und für treuhafte Leute finden sich da reichlich Brod und Lohn und die schönsten Aussichten für die Zukunft. Hat es zum Beispiel für die berufsmäßigen Wagner und Klempner, für die Tischlermeister und Demantanten je eine bessere Zeit gegeben, als die unsere, in der diese ehrenwerthen Geschäftszweige zu offiziell anerkannten öffentlichen Institutionen, zu Religion-gepflegten und besteuerten Säulen des Staates und der Gesellschaft geworden sind? Und dann die ebenverweirte Polizei — wie glänzend gehen nicht dort die Geschäfte und wie sind die zahlreichen fast Tag um Tag vermehrten Arbeiter dieser, oder jener Branche kaum im Stande, der gesteigerten Nachfrage zu genügen, da die Nachfrage so groß ist?

Um sich eine anschauliche Vorstellung von der Thätigkeit dieser fast ausschließlich inoffiziellen Sozialdemokraten zu machen, erwäge man z. B. die Thatsache, daß die hiesige politische Polizei, welche noch vor einem Jahre 26 „ordentliche“ politische Beamte zählte, jetzt deren nicht weniger als 89 hat! Und doch haben diese weit mehr zu thun als früher jene weniger, und ihre Vollen ist nichts weniger als eine Einzure. Man bedenke nur einmal, was es heißt, die unzufriedenen Gesellschaftsklassen im allgemeinen und alle „verdächtigen“ Personen insbesondere zu beobachten und all ihre Thun und Lassen auszuspähen. Vor allem natürlich die sozialistischen Sozialdemokraten. Neben sich so ein gefährlicher Agitator begehen mag — nirgends ist er vor der Gesellschaft der Spindel sicher und wo sich gar einige Genossen zusammenfinden, da spielt gleich der Telegraph durch alle Polizeistationen und als bald laufen ein ganzes Schwarm viererlei Unteroffiziersgehäulen mit staphiden Gesichtern und schäbiger Kleidung auf alle Bierhäuser, die Bahnhöfe und sonstigen Sammelplätze des öffentlichen Verkehrs werden von ihnen unsicher gemacht und man kann kaum zwischendurch ausweichen, ohne einen der „gehörten“ Bierwänner zu treffen.

Mit am meisten aber werden die selben und noch mehr ihre Vorsetzer durch die Post in Bewegung gesetzt. Da werden nämlich täglich zwei Polizeibeamte einzeln zur Überwachung des Briefes sehr auf die Post mandirt, wo sie sowohl die an bekannte verdächtige Personen kommenden Briefe, als solche abgehende, deren Schrift den im Werk der Polizei befindlichen Schriftproben bekannt, „Reichsdeutsch“, ähneln, in untersuchen, in „perkurieren“, und dann soeben an den speziellen Sozialkommissar zu melden haben. Es wird gewis Leute geben, welche empfinden ausruhen werden, diese schamlose Verletzung des Briefgeheimnisses sei denn doch etwas Ungehöriges und ganz Neues. Ich aber meine im Gegentheil, daß sie viel mehr etwas sehr Altes sei und daß wir es einfach mit einer Wiederherstellung der schwarzen Kabinette zu thun haben. Und in der That muß man trotz aller Empörung gestehen, daß die Reaktion unumkehrbar zu solchen Mitteln greifen muß, weil ihr überhaupt nichts, abgesehen von feiner Schurkerei zu schelten ist und sein darf, sobald sie nur zum Ziel führt. So haben sich denn auch noch alle Reaktionen der schwarzen Kabinette bedient, voran das Rakete des deutschen Reiches, das zweite Empire, dem die deutsche Regierung in allem so eifrig nachahmt, nachahmen muß.

Eine andere Institution neueren Datums aber mocht den Armen Kurden von Reichardt noch viel mehr Arbeit. Wenn das I. I. Department für Briefeintrug und Briefdiebstahl nämlich alle es interessirenden Schriftstücke öffnen oder verschwinden lassen wollte, dann würde das denn doch bald aufregen. Gerade ein Polizeibeamter hat deshalb ein neues Mittel erdacht, den Inhalt verdächtiger Briefe zu erfahren, ohne daß die Polizei des Briefgeheimnisses direkt zu verletzen braucht. Dies Mittel besteht darin, daß ein in Folge seiner Anwesenheit bereits vielerorts im Gebrauch und der „Sozialdemokrat“ hat erst in seiner letzten Nummer ein interessantes Stückchen von seiner Anwendung in Wien erzählt — darin, daß die Geheimpolizei durch den auf der Post zu deren Überwachung stationierten Polizeibeamten schon vorher, von der Ankunft der Briefe unterrichtet, sich zugleich mit dem Briefträger einstellt und diesem zwar den Brief seinen rechtmäßigen Empfänger aushändigen läßt, ihn aber letzteren alsbald abnimmt. Wie gewöhnlich bei dieser absolut ungesetzlichen Manipulation verfahren wird, mögen Ihnen folgende beide Fälle zeigen.

Vor ein drei Wochen kamen in die Wohnung eines Verwandten eines hiesigen bekannten Sozialisten nicht weniger als vier Geheimpolizisten angetreten und plünderten sich in Anwesenheit des Wohnungseigenenthümers auf den Postsaal auf, von wo sie nicht wichen, bis der Briefträger mit einem eingeschriebenen Briefe für den mit dem polizeilichen Besuche Bekannten erschienen. Sofort nahmen die vier Polizeibeamten, trotz des Protestes des Postbeamten den Brief ohne Unterbrechung ab und begaben sich damit in die Kabinette, in welcher der Verfolgte arbeitete. Dort heilten sie an denselben das Ansehen, den Brief zu öffnen und ihn dann sofort ihnen zu übergeben. Als sich nun der Empfänger, geküßt auf sein gutes Recht, dessen weigerte, drohten ihm die Kerle einfach mit Begehung des Briefes und außerdem mit sofortiger Verhaftung wegen „Widerstand“ gegen die Staatsgewalt. Der alte Mann ließ sich durch diese frische Drohung schrecken und that nach ihrem Willen. In dem geöffneten Briefe aber war ein geschlossenes Schreiben enthalten, das laut einem beiliegenden Zettel an eine dritte Person abgeschickt werden sollte. Nun ward nachsten Tags auch dieser Brief an die Polizei bestellt und dort das übliche Spiel mit ihm wiederholt.

Was Ähnliches, Sie besonders Interessirten, wiederholte sich am 1. d. Mis. An diesem Tage Abends nahm die Polizei bei einem bekannten Sozialdemokraten eine Durchsuchung vor. Kaum waren die Dörcher angekommen, so folgte ihnen sofort ein Postbote mit einem Briefe, welcher mehrere (damals noch nicht verbotene) „Sozialdemokrat“, nebst einem Brief enthielt. Dieser Brief und die Zeitungen wurden kurzer Hand beschlagnahmt und trotz erfolgter Beschwerde bis jetzt nicht wieder herausgegeben. Der Leiter der Kriminalpolizei, ein gewisser Weller, welchen die anrührenden Vorboten, Stroh nicht schlafen lassen (zu diesem steht ihm aber doch etwas — Schlauch, denn nicht bloß hat er sich voriges Jahr bei den Attentaten von uns gewollt auf die Füße treten lassen, sondern es ist ihm auch erst jüngst das Malheur passiert, daß ein sehr interessantes „vertrauliches“ Schreiben an eine auswärtige Polizeibehörde in Sozialdemokratenhandschen und in die Hände fiel). Dieser Chronik also erklärte in selbstgefalliger Kundredigkeit dem Ankläger, die schone Polizei hohe schon vom Momente der Aufgabe jenes Briefes Kenntnis von dessen Inhalten, Wörtern und Inhalt gehabt, und habe ihn nur hiether gehen lassen (11) um ihn hier unter Polizeiaufsicht abzuliefern!

Diese Erklärung ist jedenfalls die unbedingtste Anerkennung der — allerdings längst offenkundigen und unbestreitbaren — Oberhoheit der Polizei über die Post, die sich nur denken läßt. Davon abgesehen aber ist sie nichts als eine ebenso dreiste als praktische Lüge, welche uns einen unerschrockenen Respekt vor dem Spürsinn und der Allmacht der Polizei einflößen und uns alle Versuche, ihrer Unzulänglichkeit zu entgegen, als vergeblich erscheinen lassen und so durch zur Unterwerfung derselben veranlassen soll. Indessen irrt sich die übliche Polizei entschieden, wenn sie uns für so leichtgläubig hält, daß wir auf ihre Rechtmäßigkeit ruhig verfallen. Wir haben von den Kriegen der Polizei und der Diplomatie wohl oder übel genug gelernt als daß der „Sozialdemokrat“ einen Expeditionsweg wählen sollte, welcher der Polizei das Suchen besonders leicht macht.

Wir würden natürlich eben so große Ziel sein, als es auch die gewürfelten Polizeimethoden zu unserm Glück hienieden und sogar sehr oft sind, wenn wir hier Andeutungen über unsere Verfahr- und Expeditionsweg geben wollten; aber so viel können wir immerhin sagen, daß unser Verfahrweg ganz auf der richtigen, die Polizei dagegen auf der falschen Seite ist, wenn sie glaubt, sie brauche bloß an den deutschen Schlagschlägen aufzusitzen, um unsere Völker ganz gewöhnlich abfallen oder doch wenigstens nach den betreffenden Orten signifizieren zu können. (D. Red.)

Den besten Beweis dafür aber, daß die Polizei die beschlagnahmte Sendung der „Sozialdemokrat“ nicht an ihren Aufgabebort schon ausgepart, sondern erst hier und zwar lediglich der „verdächtigen“ Adresse wegen auf's Korn genommen hat, liefert die Thatsache, daß an demselben Ort aufgedruckte Sendungen an andere, der wohlweisen Polizei bislang noch unbekannt gebliebene und hoffentlich recht lang unbekannt gebliebene Adressen wohlbehalten hier angekommen sind und daß die hiesigen Genossen noch während der Deputat nach dem einen Paket bereits im Besitz der „Sozialdemokrat“ gewesen sind. Wenn es der Polizei also auch an dem nöthigen guten Willen und dits Instanz fehlenswegs fehlt, so ist doch dafür gesorgt, daß ihre Stämme nicht in den Himmel wandern und wir haben allen Grund, uns von lähmender, übertriebener Furcht ebenso fern zu halten, als von leichtsinniger Unvorsichtigkeit. Das uns die Ankunft des lange erwarteten neuen Parteiprogramms hoch erfreut hat und daß es unserer besten Sympathie und Unterstützung fähig ist, brauche ich Ihnen nicht erst zu versichern — das versteht sich ganz von selbst!

ph. Mannheim, 6. Okt. Zum Kapitel der Staatsanwaltschaften, glücklicherweise aber auch zu dem der Staatsanwaltschaften, hat eine am letzten Tage vor Einführung des neuen Gerichtsverfahrens vor der hiesigen Strafkammer stattgehabte Gerichtsverhandlung einen interessanten Beitrag geliefert. Ein hiesiger Genosse, welcher Abonement eines — natürlich in Deutschland verbotenen — ausländischen sozialistischen Blattes in Amerika bestellte, nachdem er es gelesen, schrieb an Amerika befindlichen Bruder per Kreuzband überland. Die Postpolizei hielt das gefährliche Blatt an und überließerte es der Staatsanwaltschaft, welche auf Grund des Sozialistengesetzes gegen den Genossen Anklage wegen „Verbreitung verbotener Schriften“ erhob. Diese Anklage war eine für jeden auch nur einigermaßen Gelegenheitsfähigen geradezu sonderbar. Denn nicht allein, daß die Behauptung, daß die Verbreitung eines verbotenen Blattes an einen Bruder oder sonstigen nahen Verwandten, eine unangehörliche, weil alle Banden des Familienlebens lösende ist, so ist dieser Bruder auf's Genossen auch noch darin in Amerika, also außerhalb Deutschlands, während doch die Verbreitung verbotener Schriften für die Deutschland verbotene ist. Das Verbot begann sich denn auch nicht lange und ließ den staatsanwaltschaftlichen Prozeß abfahren, indem es den Angeklagten unter der Kostentragung freisprach, daß in der Uebersetzung an seinen Bruder nicht eine „Verbreitung“ verbotener Schriften im Sinne des Sozialistengesetzes, sondern lediglich eine vertrauliche Mittheilung an einen nahen Verwandten zu erachten sei, welche straflos bleiben müsse. Auch die von dem klagschäftigen Staatsanwalt aufgeworfene Frage, ob der Fall nicht als Verbrechen vor die Richter gehöre, wurde im verneinenden Sinne entschieden.

L. Solingen, 5. Okt. Auch von hier läßt sich nichts berichten, als von majestätischer Milder der Reaktion, die den Behauptungen der Schläpfer zufolge eine „Witze“ sein soll. Nun, wir wären in der That begierig, wenn das, was wir heute fühlen, eine Witze ist, eine wertvolle Reaktion nach der Meinung der Regierung kennen zu lernen? Wir wissen nicht, was diese noch viel mehr thun könnte, es sei denn, daß man Verfassung und Gesetz radikal suspendiren und Generalamnestie mit unumränderter Vollmacht über Leben und Eigentum ablaßt. Todtliche zu empfinden wollte. Das angenommen aber haben wir so ziemlich alles, was das Herz des entzweiigten Kaufmanns verlangen kann. Vielen von uns wurden noch alle erhaltenden Briefe ohne irgend einen gesetzlichen Grund, d. h. ohne daß sie sich in Untersuchung befinden, einfach am dem Polizeibureau geklopft. Tag und Nacht überwacht man uns und selbst die Leute, welche rein geschäftlich mit uns verkehren, werden schon auf Grund dessen mit Handlungsbefähigung. Bei einem hiesigen Bürger wollte man durchaus etwas finden, und begab sich deshalb, nachdem die Polizei mehrmals reitendlos bei ihm nachgesehen, der Untersuchungsrichter selbst zu ihm. Der Mann, welcher den Gehäuschten in vollem Ernste fragte, ob die Verke von Byron's auch verboten wären? — mußte indessen ebenfalls mit langer Note abziehen. — Ein Parteigenosse, welcher die heilige Hermandad ein Exemplar einer im Ausland erscheinenden sozialistischen Zeitung suchte und fand, ist schon seit zwei Monaten in Untersuchung. Selbst Ehefrauen werden als Zeugen genommen und diejenigen Genossen, welche im Verzuge stehen, verbotene Schriften zu vertreiben, werden in Eid genommen, um wieder gegen andere Genossen, die ebenwennig gesündigt haben, als sie selbst, zu zeugen. Das ein solches Vorgehen manchen Reagirenden einschüchtern muß, ist leicht erklärlich. Dafür schließen sich die übrigen Genossen aber desto fester zusammen und nähren die heilige Flamme des Sozialismus an Bergbahnen, die auf eine bessere Zeit, die uns nicht unvorbereitet finden soll.

Ss. Wien, 5. Oktober. Die Polizeifurcht nimmt von Tag zu Tag zu. Gleich Schweinen wissen die löblichen I. A. Kommissäre jeden sozialistischen Keim auszuschnüffeln und aufzuwäheln, um ihn in den Boden zu treten. Auf die ungesetzliche Verhaftung Bernards (es ist das der Bürger, welcher wegen „Widerstand“ gegen einen frechen Spindel arretirt wurde, wovon ich Ihnen jüngst meldete), folgt die ebenso ungesetzliche Unterdrückung der „Freiheit“ und dieser — auf einen ganz trivialen Grund hin — die Anklage Schwarzinger's und Bardorf's, die gegen denselben zugestellt wurde. Unter den Advokaten hat sich endlich doch einer gefunden — Dr. Berggrün, der schon einige unseer Genossen vertheidigt hat — welcher auch die Anklage gegen den Bezirkskommissar von Marobitz wegen der willkürlichen Verhaftung Bernards und den Einspruch gegen das Verbot der „Freiheit“ übernommen hat. Heute wollte er mit dem nach verhafteten Bernard sprechen, wurde aber nicht zu ihm gelassen, trotzdem er, wie von Bernard's Frau erzuht, dessen Vertheidigung übernommen hat. Der Vertheidiger nicht zum Angeklagten gelassen! Welche Freiheit! Kann man noch rechtlos werden?

Rechtliches Verzeichniss: Im Nachschreibrecht der Sozialdemokraten Abgeordneten, Seite 2. Spalte 2. Zeile 17 von oben lese man statt bei — bei 17 d. 11.

Bei uns ist eingetroffen und empfohlen wir:

Jahrbuch

für
Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

Herausgegeben von
Dr. Ludwig Richter.

I. Jahrgang, I. Hälfte, gr. Octav 20 Bogen stark, broch. Preis für Archivvereine nur Fr. 3. 50 (im Buchhandel Fr. 4. 50).

Bei der eminenten Bedeutung der sozialen Frage, die immer weitere Kreise nicht nur interessiert, sondern thatsächlich auch beschäftigt, lag das Bedürfnis nach einem durchaus objektiv gehaltenen Jahrbuche für Sozialwissenschaft geradezu in der Luft; Herausgeber und Verleger sind durch die allseitige Anerkennung und Unterstützung, welche die Idee des Jahrbuchs überall fand, ganz besonders darin bestärkt worden, dass über die Nützlichkeit eines solchen Unternehmens wohl kaum irgendwo Zweifel erhoben werden können.

Obiges Werk sollte in keiner Bibliothek eines vorwärtsstrebenden Arbeitervereins fehlen.

Die zweite Hälfte erscheint am Januar 1880.

Diese Arbeit ist, ungeachtet ihrer ruhigen Objectivität, in Deutschland auf Grund des Sozialisten-Gesetzes verboten. Ein Grund mehr für jeden wahrhaft freisinnigen Mann, sich das Jahrbuch anzuschaffen.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Bei uns ist zu beziehen: **Der Republikaner.**
Illustrirter Volkskalender für 1880.
Begründet von
Reinhold Rügge.
Preis 50 Ct.
Der Kalender ist ein Volksbuch im wahren Sinne des Wortes, und sehen wir zahlreichen Bestellungen entgegen.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.
Wiederverkäufer werden gesucht bei hohem Rabatt.

Durch uns sind nachstehende Schriften zu beziehen:

Aufsätze über die badische Revolution v. 1849	2	1. 60
Bebel, A., Der deutsche Bauernkrieg	2	50
Die parlamentar. Thätigkeit d. deutschen Reichstages u. d. deutsch. Landtage v. 1871/73 u. d. Sozialdemokr.	2	15
Die Entwicklung Frankreichs	2	35
Glossen zur wahren Gestalt d. Christenthums	4	40
Das Reichsgesundheitsamt u. sein Programm	2	20
Becker, Joh. Ph. Neue Stunden der Andacht. Satyrische Psalmen in Reinform, 5 Hefte	3	40
Geschichte der süddeutschen Mairevolution	3	50
Verbote. Soz.-pol. Monatschrift 6. Jahrg. (1879-80)	3	8
Wie und Wann?	3	2. 40
Die Frau und der Sozialismus	3	1. 60
Boeker, B., Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution	3	1. 60
Geschichte der revolutionären Pariser-Commune 1871	3	2. 60
Blos, W., Blut und Eisen oder die Entstehung des Krieges von 1866	3	1. 50
Zur Geschichte der Commune von Paris	3	1. 50
Bräcke, W., Nieder mit den Sozialdemokraten	3	1. 15
Die Verweilung im liberalen Lager	3	1. 20
Bürki, Karl, Die Bank- u. Handelskrisen Uebersetzung aus den Werken eines Schüler Fourier's	3	1. 40
Solidarität, Lehre Karl Fourier's	3	1. 40
Steinköhle und Wasserkraft. Eine Studie zum Kapitel Ueberschwemmungen u. Waldverwüstungen	3	1. 50
Bürgerkrieg in Frankreich	3	1. 35
Kulturkampf und Volksschule in Preussen	3	1. 80
Daniel in der Löwengruhe. Eine Geschichte der reaktionären Zustände in — Babilonien, vom Verfasser des „Neuen Winterkühns“	3	1. 50
Das württembergische Fabrikgesetz mit Erläuterungen von H. Greulich	3	1. 20
Der Republikaner, Volkskalender für 1880	3	1. 50
Der Republikaner, Volkskalender für 1879 u. 1878	3	1. 25
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk für 1879	3	1. 50
frühere Jahrgänge	3	1. 30
Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	3	1. 60
Die bürgerliche Gesellschaft	3	1. 15
Die Religion der Sozialdemokratie, 3. Kanonreden	3	1. 25
Doual, Dr. A., ABC des Wissens, 2. Aufl.	3	1. 25
Kindergarten u. Volksschule als sozial. Anstalten	3	1. 35
Engels, Fr., Soziales aus Russland	3	1. 20
Hrn. Eugen Dühring's Umwälzung d. Wissenschaft, I. und 2. Theil	3	1. 60
Ein neues Winterkühn (v. Heine II.)	3	1. 30
Ein französisches Gedicht	3	1. 15
Geib, A., Gedichte, broch.	3	1. 50
Geiser, Br., Die Forderungen des Sozialismus an Gegenwart und Zukunft	3	1. 70
Graf Eatenburg und die Sozialdemokratie	3	1. 40
Greulich, H., Der Staat vom sozial. Standpunkt aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten	3	1. 30
Herwegh, G., Neue Gedichte	3	1. 40
Gedichte eines Lebendigen	3	1. 40
Hillmann, Die Organisation der Massen	3	1. 35
Praktische Emanzipationswörter	3	1. 30
Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, herausg. von Dr. Ludw. Richter	3	1. 50
Kegel, M., Prole Lieder (Gedichte)	3	1. 70
Komplex gegen die Int. Arbeiter-Association. Aus dem Französischen Uebersetzt von Kokosky	3	1. 60
König, Schwarze Kabinette	3	1. 25
Krasser, Dr. F., An-Sylabus (Prolog)	3	1. 40
Ceterum censeo	3	1. 40
Lange, F., Die Arbeiterfrage	3	1. 50
Lassalle, Ferd., Rede über die Arbeiterfrage	3	1. 15
Offenes Antwortschreiben an Arbeiterleser	3	1. 35
Indirekte Steuern	3	1. 40
Die Wissenschaft und die Arbeiter	3	1. 15
Konrad's Rede	3	1. 15
Ueber Verfassungsverweigerung	3	1. 20
Pietes Philosoph	3	1. 25
Herr Julian oder der literarische Julian	3	1. 80
Briefe an Bodbertus Jagtrow	3	1. 40
Vertheidigungsrede betreffend Kassefondstahl	3	1. 40
Leb's u. Phantoms d. Generals Jurasski Bombowicki	3	1. 80
Leipzig's Hochverrathesprozess	3	1. 80
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schatz	3	1. 35
Das Briefgeheimnis vor dem deutschen Reichstage	3	1. 40
Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	3	1. 25
Zur Grund- und Bodenfrage	3	1. 80
Lissagaray, Geschichte der Commune von 1871	3	1. 50
Most, J., Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie	3	1. 70
Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten	3	1. 25
Die Lösung der sozialen Frage	3	1. 50
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	3	1. 40
Protokoll des Kongr. des Schweiz. Arbeiterb. zu Winterthur, Bern, Olten, Neuchâtel, Basel und St. Gallen	3	1. 25
Photographien aller bekannten Sozialdemokraten	3	1. 25
Rohleder, Die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer zu Versailles	3	1. 40
Sack, E., Unsere Schulen im Dienste gegen d. Freiheit — Gegen die Prügelpädagogie	3	1. 80
Seidel, Rob., Staatlicher Getreidehandel oder wie kommt das Volk zu billigem Brod?	3	1. 35
Schäffle, Quintessenz des Sozialismus	3	1. 20
Schramm, Grundzüge d. National-Oekonomie, 1. Abth.	3	1. 30
Ein Wort zur Verständigung in der sozial. Frage	3	1. 30
Sowjet's politische Unsere russ. Arbeitervereine	3	1. 25
Strodtmann, A., Arbeiterdichtungen in Frankreich	3	1. 25
Brutus schlafst du?	3	1. 40
Tessendorf, die deutsche Sozialdemokratie	3	1. 40
Vogel, Verfallung der Lebensmittel	3	1. 80
Volksstaat-Fremdwörterbuch, broch.	3	1. 70
Volkmann, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung	3	1. 15
Wahre Gestalt des Christenthums	3	1. 20
York, Die industrielle Arbeiterfrage	3	1. 25
Zeligowit, eine Studie	3	1. 35
Zukunft, Sozialist. Revue, komplet geh. 10 Bde.	3	1. 80

Die Preise verstehen sich ohne Porto, und wird nur gegen Vorausbezahlung geliefert. Ausser den vorstehenden sind durch uns auch alle anderen sozialistische Schriften, soweit sie noch zu haben sind, gleichviel, ob irgendwo verboten oder nicht, zu beziehen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.